

# DEUTSCHLAND

## LENZ-AUSSCHUSS

### Mit Freuden zugegriffen

Als Bumerang hat sich nachträglich eine Aktion erwiesen, die sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Rudolf Vogel Ende Juni zur Stützung seines Geistesverwandten und Gesinnungsfreundes, des CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Otto Lenz, ausgedacht hatte.

Rudolf Vogel ist jener Christdemokrat, der als Journalist im Kriege nach seinen eigenen Worten mit Adolf Hitler „durch dick und dünn gehen“ wollte. Über die parlamentarische Demokratie urteilte Vogel zu jener Zeit so: „Es ist im Parlamentarismus so üblich, daß Börsenschieber und Abgeordnete als Ministerpräsidenten das Land ins Verderben reiten dürfen, um dann mir nichts dir nichts mit Hilfe eines Flugzeuges sich über den Ozean nach USA in Sicherheit zu bringen“ (SPIEGEL 33/1953).

Nun wollte dieser Rudolf Vogel, ehemals Zentrums-Redakteur, unter Hitler dann zum Berliner Schriftleiter des „Verbandes oberschwäbischer Zeitungsverleger nach System Walchner G.m.b.H. (Verbo)“ avanciert, damals jedoch nicht nur bis zum Endsieg gegen die Demokratie mitmarschieren. Er verstand es auch, auf der antisemitischen Flöte kräftige Töne zu blasen.

So schrieb Vogel — um ein Beispiel zu nennen — am 25. Februar 1939 unter der Überschrift „Die Entlarvung des Goldes“:

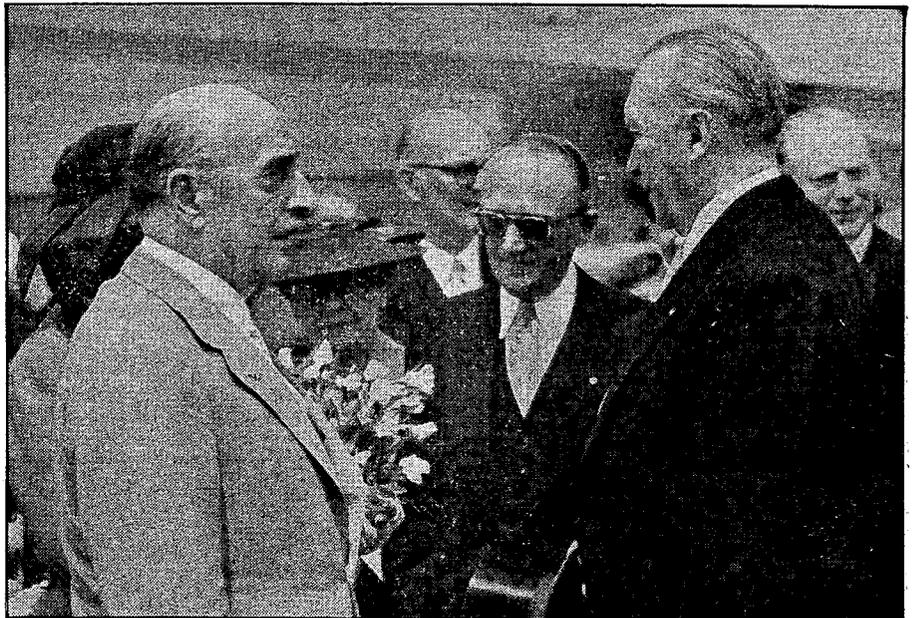
„Jüdischer Einfluß in der Welt war immer gleichbedeutend mit der Handelsfreiheit jüdischer Bankiers und Großhändler. In dem Maße also, in dem sich der Spielraum für die jüdischen Händler und Bankiers in der Welt verengt, muß auch der jüdische Einfluß schwinden. Wir erleben nun seit dem zielbewußten Kampfe des Nationalsozialismus gegen den jüdischen Weltherrschaftsanspruch eine handelspolitische Entwicklung, die gleichbedeutend mit der Ausschaltung des jüdischen Einflusses aus vielen Ländern ist.“

Und: „Ebenso wie der Genossenschaftsgedanke in Hessen im Kampfe gegen das allmächtige jüdische Händlertum entstand, war auch die (nationalsozialistische) Marktordnung einer der schwersten Schläge gegen den jüdischen Großhandel. Wenn deswegen die Juden im Nationalsozialismus und in den autoritären Staaten ihre Todfeinde sehen, dann vor allem deswegen, weil sie ihre händlerische Existenz, ihr Weltmonopol auf den Großhandel in Rohstoffen und in Geld entscheidend angegriffen sehen.“

„Wir sind überzeugt, daß das Weltjudentum mit Freuden zugegriffen hätte, wenn ihm die autoritären Staaten eine Chance geboten hätten, auch an ihrer Seite schwer zu verdienen . . . Die alte Spielregel der Juden, auf beiden Seiten zu verdienen, wobei man sich gegenseitig nicht wehe tat, fiel diesmal aus.“

Zehn Jahre später wurde derselbe Rudolf Vogel im ersten Deutschen Bundestag Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films, Bundesbeauftragter für Filmfragen und Vorsitzender des Abwicklungsausschusses für das gesamte ehemalige Filmvermögen des Reiches.

Der Volksvertreter und Journalist Vogel denunzierte dann in der amerikanischen Vierteljahresschrift „Confluence“ das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als sträflich liberal: „Diese Urkunde verkündet in eindrucksvoller und schöner Sprache Freiheit der Presse, des Äthers,



### FRACK MIT ORDEN

stand als Anzugsvorschrift auf der Einladung des Bonner Bundespräsidialamtes zu einem Empfang auf Schloß Brühl, der zu Ehren des griechischen Ministerpräsidenten, des Feldmarschalls Alexander Papagos, letzte Woche gegeben wurde. General a. D. Heusinger war der prominenteste Bonner, der in einem Garderobenverleih einen Frackverleihvertrag abschloß. — Jeden neuen Staatsbesuch nimmt die Bundesrepublik zum einfallreichen Anlaß, ihren fragmentarischen Charakter durch Übernahme von Traditionsbräuchen nicht-fragmentarischer Staaten zu kaschieren. Nachdem die Polizeiposten vor dem Bundeskanzleramt längst durch Grenzschutz mit Stahlhelm und Präsentiergewehr abgelöst sind, haben nun auch die Bediensteten des Amtes zu Ehren von Papagos erstmals rote Westen und dunkle Fräcke mit goldenen Knöpfen, die den Bundesadler tragen, verpaßt bekommen (unten rechts). — Bonns Prominenz war am Mittwoch vergangener Woche in Cut und Zylinder zur hochsommerlichen Mittagsstunde auf das Rollfeld des Bonner Flughafens Wahn zum Papagos-Empfang marschiert. Konrad Adenauer, dessen Rock sich nicht mehr schließen läßt, und AA-Staatssekretär Walter Hallstein, der zum Cut und Zylinder eine Sonnenbrille gewählt hatte, begrüßten den Gast (oben). Der griechische Marschall hatte sorgfältig verpackte Gastgeschenke (unten links) mitgebracht: Für den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler je eine antike Vase im mykenischen beziehungsweise attischen Stil, für Außenamtsstaatssekretär Hallstein dagegen ein antikes Bild im byzantinischen Stil.



der Rede und der Versammlung. Mit bewundernswertem, aber *exzessivem* Optimismus setzte sie Staatsbürger voraus, die loyal sind gegenüber dieser Verfassung, immer bereit, ihre Grundsätze zu verteidigen . . .“

Und MdB Vogel kündigte den Amerikanern an, daß die Stunde kommen werde, da solch liberale „Exzesse“ des Grundgesetzes korrigiert werden würden: „Nach der Ratifikation des deutschen Friedensvertrages und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wird es der deutschen Bundesregierung erlaubt sein, im Hinblick auf Presse, Radio und Film ohne Einmischung der Besatzungsmächte Gesetze zu erlassen“ (SPIEGEL 5/1953).

Als Abgeordneter des zweiten Deutschen Bundestages, seiner Ämter als Presseausschuß-Vorsitzender und Filmbeauftragter entkleidet, übermittelte Vogel am Freitag, dem 25. Juni, dem Bundeskanzler einen Brief, den außer ihm 54 Bundestagsabgeordnete der CDU-CSU unterschrieben hatten und in dem Konrad Adenauer gebeten wurde, in Sachen „Koordinierungsausschuß“ für Volksaufklärung und Propaganda unter Leitung von Otto Lenz „stark zu bleiben“.

**Diese Tatsache faßte** der Bonner Korrespondent der „Bremer Nachrichten“, Horst Flüge, einen Tag später in der Sonnabendausgabe seiner Zeitung in eine Meldung, in der sich auch ein Hinweis auf Vogels Vergangenheit befand.

Diese Meldung veranlaßte den Rudolf Vogel, postwendend einen Brief an Horst Flüges Chefredakteur in Bremen, den ehemaligen Bonner Korrespondenten der „Welt“, Hans-Joachim Kausch, zu schreiben:

Deutscher Bundestag  
Abgeordneter Dr. Rudolf Vogel  
Bonn, 26. Juni 1954  
Herrn Dr. Joachim Kausch  
Chefredakteur der „Bremer Nachrichten“  
B r e m e n

Persönlich!

Mein lieber Kausch,  
eben wird mir die Sonnabendausgabe Deiner Zeitung vorgelegt. In der auf Seite 7 unter „55 CDU-Abgeordnete stützen Lenz“ gebrachten Meldung, die mit HF gezeichnet ist, heißt es wörtlich:

„An der Spitze der Unterzeichner steht der CDU-Abgeordnete Dr. Vogel, der im vergangenen Jahre nach scharfen Angriffen wegen seiner Beteiligung an der Propaganda des Dritten Reiches seinen Posten als Filmbeauftragter der Bundesregierung niedergelegt hatte.“

HF heißt wohl sicher Horst Flüge. Er ist ein ausgesprochener SPD-Mann und einer der Haupttreiber in der Bundespressekonferenz gegen die Regierung und gegen Lenz. Selbst wenn ich das allein in Rechnung stelle, muß ich mich doch ernstlich fragen, wie groß Dein Einfluß in Deiner Zeitung sein muß, wenn Du nicht in der Lage bist, einen solchen Satz persönlicher Verunglimpfung zu entfernen. Ich bin sehr gespannt, was Du mir darauf antworten wirst. Wäre es aber nicht für eine Zeitung wie die Eure des Überlegens wert, die Frage ihrer Bonner Vertretung einmal zu überprüfen? Ich könnte Dir zur Person Flüge noch einiges mündlich sagen, was Dich vielleicht interessieren würde.

Mit vielen Grüßen

gez. Rudolf.

Chefredakteur Hans-Joachim Kausch ist mit dem Rudolf Vogel aus vergangenen Berliner und Bonner Tagen gut bekannt, weswegen der Brief im vertraulichen Du abgefaßt ist. Dennoch zögerte Hans-Joachim Kausch nicht, den Brief sofort dem Vorstand der Bonner Bundespressekonferenz zuzusenden, weil das Schreiben nach seiner Meinung ein Musterbeispiel dafür sei, wie versucht werde, die freie Berichterstattung in der Bundesrepublik einzuschränken. Welche Briefe, so malte man sich aus, würden Abgeordnete erst schreiben, wenn sie in jenem „Koordinierungsausschuß“ säßen?

Die Gegner des Lenz-Ausschusses für Volksaufklärung und Propaganda haben damit neuen Auftrieb und ein starkes Argument erhalten: Wenn Demokraten von der Gesinnungstüchtigkeit eines Rudolf Vogel, so sagen sie, die stärkste Stütze des Lenz-Ausschusses sind, was kann dann schon zum Segen der Meinungsfreiheit aus diesem Ausschuß herauskommen?

## RUSSEN-AUFTRÄGE

### Cocom will verbieten

Zwei deutsche Diplom-Ingenieure verhandelten vorletzte Woche zum drittenmal in dem Wolkenkratzer an der Moskauer Smolenskaja, in dem das sowjetische Wirtschaftsministerium untergebracht ist. Über Helsinki waren die beiden Schiff-

an England, Frankreich, Holland und Dänemark keineswegs allzu üppig ausnimmt, hätten die alliierten Kontrolleure kräftig gebremst. Bei der Ablieferung der zehn Schiffe an die Sowjets ab Januar nächsten Jahres werden Radaranlagen, Funkpeilgeräte und Kreiselkompassse fehlen. Paris hat den Einbau dieser Geräte verboten.

Für den zweiten Auftrag benutzt Cocom nun die Frage der Bezahlung als Bremse. Die Russen hatten ihren Handelspartnern aus Kiel schon für das erste Geschäft Barzahlung angeboten: englische Pfunde oder amerikanische Dollar. Die Verrechnung sollte über die Bank von England abgewickelt werden.

Die Kontrolleure in Paris aber bestanden seltsamerweise auf einer Bezahlung

der westdeutschen Schiffsbauten in russischen Waren, woraufhin das Bonner Wirtschaftsministerium schließlich eine besondere Kompensationsliste für das Fischdampfer-Geschäft akzeptierte. Nach dieser Liste erhält die Bundesrepublik nun für die ersten zehn Kieler Schiffsbauten vorwiegend Holz, Erze und Erdöl aus Rußland. Über einen Posten Nickel wurde lange verhandelt.

Bei Howaldt in Kiel meint man dazu: „Bares Geld wäre besser. Von dem Kompensationsgut haben wir in Deutschland selbst genug.“

Für den zweiten Auftrag wird diese Frage jetzt entscheidend. Die Russen haben sich entschlossen, die nächsten vierzehn Schiffe vom gleichen Typ wie die des ersten Auftrages zu kaufen. Da das feststeht, könnten die Unterhändler von Howaldt den

zweiten Vertrag endgültig perfekt machen, wenn die Frage der Bezahlung geklärt wäre.

Howaldts Ingenieure Protz und Stieghorst brachten aus Moskau den Eindruck mit, daß die Russen ihr Angebot auf Barzahlung aufrechterhalten. Paris aber besteht auf Kompensation, und Bonn weiß nicht, was es den Russen für die 120 Millionen Mark an Kompensationswaren abnehmen soll, ohne bei bestimmten Warengruppen in der Bundesrepublik unnötige Überschüsse zu schaffen.

Auf der Kieler Werft fragt man sich, warum Westdeutschland sich von den Russen nicht in Dollar bezahlen lassen soll, wenn es beispielsweise den Briten nicht verwehrt wird, sogar ihre Dollarschulden an Amerika mit Hilfe russischen Goldes abzutragen.

Um Cocom in Paris umzustimmen, bedürfte es eines energischen Vorstoßes aus Bonn. Die Hoffnungen darauf sind jedoch in Kiel nicht sehr groß, weil die Howaldtwerke kein Privatunternehmen sind; die Aktien befinden sich hundertprozentig im Besitz der Bundesrepublik. Seit der Auseinandersetzung Kanzler Adenauers mit dem FDP-Abgeordneten Pfeleiderer aber hat man es in Kiel bereits mehrfach recht deutlich zu spüren bekommen: „Bonn sieht das ganze Geschäft nicht gern.“



Zur Person noch einiges mündlich: MdB Rudolf Vogel

bauexperten der Kieler Howaldtwerke, Oskar Protz und Hermann Stieghorst, zu mehrtägigen Besprechungen nach Moskau geflogen; die Besprechungen werden in der Kieler Werftdirektion bescheiden „eine Behandlung technischer Fragen“ genannt.

Es geht dabei um die Fischfabrik-Schiffe, von denen nach langwierigen Vorverhandlungen in Ostberlin und London am 26. Januar die ersten zehn bei Howaldt-Kiel in Auftrag gegeben wurden. Damit hatte die deutsche Howaldtwerft sechs britischen Konkurrenzfirmen den Rang abgelaufen. Der Auftrag lautete auf 80 Millionen Mark.

Seit dem letzten Besuch ihrer beiden Ingenieure in Moskau ist sich nun die Howaldtwerke AG Kiel praktisch mit dem sowjetischen Wirtschaftsministerium darüber einig, daß noch weitere vierzehn Fischdampfer mit vollautomatischer Fabrikationseinrichtung in Kiel gebaut werden sollen. Der neue Auftrag wird auf eine Gesamtsumme von 120 Millionen Mark veranschlagt, und bereits im Januar war für einen Teil der Schiffe der vorgeschriebene Antrag bei der alliierten Sicherheitskommission in Paris (Cocom — Coordinating Committee) eingereicht worden, die alle West-Ost-Lieferungen auf ihre strategische Gefährlichkeit hin untersucht.

Aber Cocom läßt sich Zeit. Schon bei dem ersten Russenauftrag an Deutschland, der sich bei 41 vergebenen Schiffsbauten